

Reportage vor dem zweiten Durchgang der Parlamentswahlen: Rot gegen Schwarz (*) auf Französisch

Der Kurier begleitete eine sozialistische und eine bürgerliche Kandidatin. Für beide steht die Wohnungsnot im Brennpunkt.

VON DANNY LEDER, LILLE / PARIS

Audrey Linkenheld kann manchmal wirsch werden: „Die Wähler sind keine Kinder. Wenn mir welche mit Pauschalvorwürfen gegen die Politiker kommen, verweise ich sie auf ihre eigene Verantwortung“, sagt die Stadtbeauftragte für Wohnbau der nordfranzösischen Metropole Lille und angehende SP-Parlamentarierin

Morgen, Sonntag, wird Linkenheld mit Sicherheit ihren Sitz in der französischen Nationalversammlung erringen. Laut Umfragen dürften die Sozialisten von Präsident Francois Hollande im zweiten Durchgang der Parlamentswahl alleine, also sogar ohne ihre grünen Koalitionspartner, die absolute Mandatsmehrheit schaffen.

Die 39 jährige Linkenheld hatte aber bereits im ersten Wahlgang am letzten Sonntag mit Knochenarbeit mehr Stimmen als der bisherige, ältere SP-Abgeordnete erkämpft, den sie ablösen wird. „Seit zwei Monaten bin ich täglich Früh und Abend unterwegs, um alle Wähler kennen zu lernen“. Auf einem Flohmarkt wird sie ständig angehalten. Anrainer treten aus zweistöckigen Backsteinbauten, um sie zu ermutigen, junge Leute bitten um Hilfe bei der Wohnungssuche.

In Frankreich gelten Abgeordnete als Anlaufstelle für Alltagssorgen und soziale Anliegen. Wenn sie vor Ort ansprechbar bleiben, wird ihnen ihre häufige Abwesenheit im Parlament nachgesehen.

Die Wohnungsnot und die horrenden Mieten sind in Frankreichs größeren urbanen Zonen allgegenwärtig. Immer mehr Menschen hausen in Wohnwägen, Arbeitnehmer müssen unter der Woche in ihren Autos übernachten. Lille gilt zwar als vorbildlich, weil die rotgrüne Rathausmehrheit den Sozialbau forciert und auch bei privaten Immobilienprojekten 30 Prozent Sozialwohnungen vorschreibt. Aber die kulturell und ökologisch aufblühende Stadt, die per Hochgeschwindigkeitsbahn nur mehr eine Stunde von Paris entfernt liegt, erlebt

einen Zuzug von Familien aus der Hauptstadt, die zur Arbeit nach Paris pendeln. Das schmälert das Wohnungsangebot im Großraum Lille, wo die Hälfte der Bevölkerung aus Niedrigstverdienern besteht.

Linkenheld kenn diese Probleme nur zu gut. Sie wuchs selber in einem Sozialbau in Strassburg auf, als Tochter einer Deutschen und eines Elsässers, der noch immer nach Deutschland zur Arbeit in eine Druckerei pendelt. In ihrer Familie war sie die erste, die maturierte.

Ärgerlich wird sie, wenn Bewohner auf noch Ärmere, etwa Migranten, neidig sind: „Die wollen Sozialhilfen nur für sich. Und messen sich mit Nachbarn, während sie von den wirklichen Privilegierten und ihrem Reichtum keinen Schimmer haben.“ Linkenheld ist auch in Minderheitsanliegen engagiert. Die verheiratete Mutter eines Kindes, die alljährlich an der „Gay-Pride“ teilnimmt, verschafft Homosexuellen Ersatzwohnungen, wenn sie von Nachbarn gemobbt werden.

Gegen Diskriminierung kämpft auch Nathalie Fanfant, die für die bürgerliche UMP im volkstümlichen Nordosten von Paris kandidiert. „Manche wundern sich darüber. Aber wo steht geschrieben, dass die Linke Menschen mit schwarzer Hautfarbe für sich gepachtet hat?“, fragt Fanfant, die aus der Karibik-Insel Martinique stammt. „Ich habe eine unternehmerische Ader“, betont die 41 jährige Gründerin einer Event-Agentur. Mit der Niederlage von Sarkozy habe Frankreich einen Präsidenten verloren, „der immer den anderen drei Runden voraus war“, bedauert Fanfant. Ihre Eltern sind auf Martinique als engagierte Linke bekannt. Sie aber sagt: „Ich vertrage den Armutskult und die Sozialstützen-Wirtschaft der Linken nicht“.

Dass sie die UMP zur Anti-Diskriminierungs-Beauftragten ernannte, sieht sie nicht als Einkastelung auf ihre Hautfarbe: „Unter Diskriminierungen leiden ja nicht nur Schwarze und Araber, sondern zahllose andere Menschen, Frauen, Behinderte, Alte“. Fanfant ist freilich Kandidatin in einem Wahlkreis, indem für die SP ebenfalls eine aus der Karibik stammende schwarze Frau kandidiert: die Rechtsanwältin und bisherige Abgeordnete George Pau-Langevin, die soeben zur Sonder-Ministerin für die Schul-Erneuerung ernannt wurde. Sie gilt in dieser SP-Bastion als unschlagbar.

Fanfant weiß das. Aber sie glaubt, dass sie sich gegenüber der dominanten SP einen Namen machen kann. In ihrem Wahlkampfbüro empfängt sie Vertreter eines Hilfsvereins für Wohnungssuchende. Sie wird mit der Frage konfrontiert, die den Bürgerlichen weh tut: Warum UMP-Gemeinden nicht die gesetzlich vorgeschriebenen 20 Prozent Sozialwohnungen errichten und dafür lieber Strafe zahlen? Fanfant dreht das Argument um: „Fragen wir uns doch, warum die SP in

diesem Bezirk 40 Prozent Sozialwohnungen konzentriert? Das ist Wählerfang. Da entstehen Ghettos“.

Die ersten Maßnahmen der Linksregierung zur Regulierung der privaten Mietpreise bei Neuvermietung lehnt sich nicht ab: „Aber Regulierung alleine schafft keinen Wohnraum, die Vermieter dürfen nicht entmutigt werden“, argumentiert sie.

Dann führt Fanfant den Ärger der Bevölkerung über Vandalismus und Kriminalität ins Treffen. Die Strafen seien zu milde, es gebe zuwenig Betreuung für Jugendliche – eine problematische Argumentation gegen Linke, die gerade erst Sarkozy ablöst. Dieser ließ tausende Polizisten- und Betreuerposten wegsparen.

(*) Anmerkung zur Überschrift:

In Österreich gilt die Bezeichnung „Schwarze/r“ für einen Politiker der bürgerlichen ÖVP.